

Videokolumne „Rückblicke – unsere Aufsätze neu gelesen“

vom Juni 2015

Der Aufsatz „**Antifa-Ausschüsse in Stuttgart 1945/46**“ in den Vierteljahrshäften für Zeitgeschichte im Jahre 1975 atmet den Geist der Zeit. Sein Autor ist der 1939 geborene **Lutz Niethammer**. Er war 1971 in Heidelberg mit einer Arbeit über die Entnazifizierung in Bayern promoviert worden, die Werner Conze betreut hatte. Anfang der 1970er Jahre waren auch viele Universitäten gegründet worden, darunter die Gesamthochschule Essen, die Ruhr-Universität in Bochum und die Fernuniversität in Hagen; alles Orte, an denen Niethammer wirken sollte. Später wurde er dann Gründungsdirektor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen. 1993 erfolgte schließlich der Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena. Niethammer ist außerdem ein Vorreiter der Oral History. Er führte nicht nur Studien zur Sozialkultur im Ruhrgebiet durch, sondern auch zu Alltagserfahrungen in der DDR-Industrieprovinz; und zwar noch vor der Wiedervereinigung. Außerdem arbeitete er als einer der ersten Historiker mit den OMGUS-Akten, den Akten der amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland. Niethammer erwies sich also in seinem Schaffen häufig als methodischer und inhaltlicher Vorreiter.

In den 1970er Jahren wurde auch das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin neu diskutiert. Besonders jüngere Historiker wandten sich von der Politikgeschichte ab und der Sozial- und Alltagsgeschichte zu. Themen jenseits der großen außenpolitischen Entwicklungen gerieten in den Fokus. Der Aufsatz Niethammers in den Vierteljahrsheften ist ein Ausdruck dieser Verschiebungen. Seit 1972 koordinierte er die Arbeitsgruppe „Antifaschistische Ausschüsse in Deutschland 1945“. Daraus gingen mehrere Studien hervor, darunter Peter Brandts Dissertation über den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Bremen. Alle diese Arbeiten zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur als Organisationsgeschichte der beiden dominierenden Strömungen – der SPD und der KPD – schreiben, sondern bislang ignorierte Potenziale der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt rücken. Der Sozialhistoriker Karl Heinz Roth sprach in dieser Hinsicht von der „anderen Arbeiterbewegung“.

In den 1970er Jahre stieg auch allgemein das akademische Interesse an den Gewerkschaften. Der Soziologe Theo Pirker initiierte Forschungsprojekte, die DKP-nahe Marburger Schule um Wolfgang Abendroth kritisierte den reformistischen Kurs der Gewerkschaften. Des Weiteren wurden vermeintlich verpasste Gelegenheiten der unmittelbaren Nachkriegszeit diskutiert, so von Eberhard Schmidt in „Die verhinderte Neuordnung 1945–1952“.

Niethammer interpretierte das Scheitern der Antifa-Ausschüsse ebenfalls als verpasste Weichenstellung für eine Entwicklung jenseits der kapitalistischen Klassengesellschaft. Als Erkenntnisinteresse formulierte er in den Vierteljahrsheften:

„Nicht das Heroische an der gescheiterten Alternative interessiert, sondern dass es sie tatsächlich gegeben hat, worauf sie hinauslief und warum sie versagte.“

Der Aufsatz beginnt mit Überlegungen zur Rätebewegung. Sie seien meist in Zusammenbruchsituationen entstanden, als spontaner Ausdruck direkter Demokratie. Die Pariser Kommune oder die Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918 seien Beispiele dafür. Den Stuttgarter Antifa-Ausschüssen wendet sich Niethammer zu, weil sie die größten im besetzten Deutschland waren. Ihr Entstehen wurde durch verschiedene Umstände begünstigt: durch ein zeitweiliges Machtvakuum und durch Interessendivergenzen zwischen den Alliierten. Dadurch eröffnete sich der Raum für „autochthone Selbstorganisation.“ Stuttgart wurde am 20./21. April 1945 von französischen Truppen ohne große Kampfhandlungen eingenommen und als Faustpfand gegen die USA gehalten. Hinzu kam eine solidarische Arbeitertradition in der schwäbischen Metropole; das sogenannte Versöhnertum war weit verbreitet. Erste Ausschüsse entstanden direkt nach Einnahme der Stadt auf Initiative früherer Gemeinde- und Bezirksräte der KPD und SPD sowie durch Betriebsräte. Sie gründeten eine Hilfspolizei, die Nationalsozialisten festsetzte. Die Lasten der Aufräumarbeiten wurden ehemaligen Parteigenossen aufgebürdet. Darüber hinaus rekrutierte sich aus ihnen das antifaschistische Personal für die Verwaltungsbehörden. In dieser Phase weitgehender Orientierungslosigkeit setzten die Ausschüsse positive Beispiele durch eine „Propaganda der Tat.“ Bald stießen sie aber auf erschwerte politische Bedingungen. Die alten Differenzen der Arbeiterbewegung brachen erneut auf. Aus dem Exil oder aus der Lagerhaft zurückkehrende Kader setzten wieder die Parteilinie durch. Darüber hinaus hatten der Oberbürgermeister, Arnulf Klett, und die gesamte Stadtbürokratie ein reges Interesse daran, die Hilfspolizei durch reguläre Ordnungskräfte zu ersetzen. Die Unternehmer ihrerseits befürchteten, dass die

Eigentumsordnung in Frage gestellt würde. Deswegen unterstützten sie alle Maßnahmen zur Schwächung der Ausschüsse.

Auch nach Übernahme Stuttgarts durch die Amerikaner im Juli 1945 blieben die Ausschüsse weiterhin erlaubt. Sie mussten sich nun aber jeder politischen Betätigung enthalten. Weil sie nie zu einer Massenbewegung geworden waren, fehlten ihnen bald die finanziellen Mittel. Deshalb gingen viele Aktivisten wieder an ihre Arbeit zurück und widmeten sich Alltagsproblemen.

Die Ausschüsse wurden also in bestehende Strukturen integriert und wieder von der früheren Eliten der Arbeiterparteien dominiert. Zugleich führten die verschärften Konflikte mit der Verwaltung zu einem Bedeutungsverlust. So setzte eine schrittweise Entpolitisierung ein. Das Fazit Niethammers fällt recht nüchtern aus. Er sieht die Antifa-Ausschüsse als theorielosen Reflex der Arbeiterklasse. Ihr Potenzial wurde weder den Aktivisten selbst bewusst noch hatten die etablierten Arbeiterparteien ein Interesse daran:

„Insofern ging von der Erfahrung der antifaschistischen Selbsthilfe auch kein kollektives Lernen und keine Strategie zur Veränderung der inneren Struktur der Arbeiterbewegung aus, sondern eher eine Abschreckung und allenfalls eine ironische Erinnerung an chaotische Zeiten.“

Niethammers Artikel stellt eine wichtige Auseinandersetzung mit einem lange vergessenen Aspekt der unmittelbaren Nachkriegszeit dar. Sein antikapitalistischer Duktus und seine ideologische Stoßrichtung sind aus der Situation der 1970er Jahre heraus zu verstehen. Die tagespolitische Kritik an den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften sollte historisch untermauert werden. Beide hätten zum Scheitern

potenzieller Alternativen nach 1945 beigetragen. Die großen Funktionsapparate hätten die spontane Erhebung der Arbeiterklasse letztlich wieder in vorgefertigte Bahnen kanalisiert und dem Widerstand die systemüberwindende Radikalität genommen.

Eine Hauptschwierigkeit aller Untersuchungen über eine antikapitalistische Entwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit besteht meines Erachtens darin, dass sie die Bedeutung des Holocaust als Zivilisationsbruch ausblenden. Es wird unterstellt, dass nach den Katastrophen von Massenmord und Weltkrieg eine positive Wendung der Weltgeschichte hätte stattfinden können. In dieser Position schwingen zumindest Reste einer marxistischen Geschichtsteleologie, eines Optimismus der Arbeiterbewegung mit: durch die Katastrophe in die leuchtende Zukunft.

Dennoch ist der Artikel Niethammers ein bis heute sehr lesenswertes zeitgenössisches Dokument. Über die Zeitgebundenheit hinaus macht er auf etwas Anderes aufmerksam: nämlich dass die Untersuchung gesellschaftlicher Umbruchphasen und die Konzeptionalisierung von Rätebewegungen noch immer ein Forschungsdesiderat darstellen, das aufzugreifen lohnenswert ist; ebenso wie die Debatte über potenzielle Alternativen in der geschichtlichen Entwicklung.

Sebastian Voigt, Institut für Zeitgeschichte

Die Videokolumne können Sie hier ansehen: <http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/videokolumne-rueckblicke/>

